

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	66 (1987)
Heft:	10
Artikel:	SP-Bestandesaufnahme vor den eidgenössischen Wahlen : die Verweigerungspolitik von FDP, CVP und SVP
Autor:	Hubacher, Helmut
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340508

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Verweigerungspolitik von FDP, CVP und SVP

Von Helmut Hubacher, Präsident der SPS

Die Regierungsparteien, so wird allenthalben orakelt, werden bei den kommenden Wahlen massiv verlieren. Die SP, auch Regierungspartei, zahlt vielleicht tatsächlich ihren Preis nicht nur dafür, dass sie in dieser Regierung verblieben ist, sondern auch für die klotzige und rücksichtslose Verweigerungspolitik der bürgerlichen Regierungsparteien. Diese Verweigerungspolitik bekämpft die SP nicht erst seit der letzten Legislaturperiode mit grossem Aufwand. Es besteht also keinerlei Grund zur Selbstzerknirschung oder gar für ein schlechtes politisches Gewissen. Im folgenden Artikel stellt Nationalrat Helmut Hubacher auf knappem Raum dar, wie die wichtigen politischen Entscheide gelaufen oder eben nicht gelaufen sind. Den Genossinnen und Genossen ist im Wahlkampf zu empfehlen, sich nicht irre machen zu lassen und das notwendige Selbstbewusstsein auch zur Schau zu stellen.

Toya Maissen

Ausgangslage für die SP

Die Stimmbeteiligung 1983: 48,9% (1979 48,1%). Der Rückgang konnte gestoppt und es darf vielleicht angenommen werden, dass sich die Stimmbeteiligung knapp unter 50% zu stabilisieren beginnt.

Unterschiedlich ist die Stimmbe teiligung bei den Altersgruppen:

- 20 bis 24: —19%
- 40 bis 64: + 7%
- 64 bis 80: + 5%

Abstinenzmotive:

Politisches Desinteresse 31%

Resignation 23%

die grösste Wählergruppe der SP ist die der Angestellten/Beamten, sie macht 37% aus. Es folgen mit 25% die Rentner, mit 23% gelernte/ungelernte Berufsarbeiter. 77% der SP-Wähler sind Mieter, 66% wohnen in städtischen Agglomerationen, 75% sind mit dem heutigen System mehr oder weniger zufrieden.

22% wählen die SP aus programmatisch/ideologischen Gründen, 49% deshalb, weil die

SP ihre Interessen vertritt oder sie mit deren Leistung zufrieden oder einverstanden sind.

Diese Zahlen sind der VOX-Studie der Universität Bern von Juni 1984 entnommen worden, in der die Ergebnisse der Nationalratswahlen 1983 nach allen wissenschaftlichen Kriterien der politischen Kunst ausgewertet worden sind.

Zu den Rahmenbedingungen gehören auch die drei nachstehenden Zahlen, die dem Buch «Wer regiert die Schweiz?» von Hans Tschäni, ehemaliger Redaktor am «Tages-Anzeiger», entnommen sind:

1,2% der Steuerpflichtigen besitzen ein Drittel des Gesamtvermögens.

50% der Steuerpflichtigen besitzen 0,5% des Gesamtvermögens.

10% der Steuerpflichtigen besitzen 80% sämtlicher Immobilienvermögen.

Die Regierungsparteien verlieren Stammwähler. Noch vor 10

Jahren hatten 58% der Befragten ein «generelles Regierungsvertrauen», d.h. bekannten sich zu einer der vier Bundesratsparteien. Die Zahl der «automatisch» eine Regierungspartei wählenden Stimmberechtigten nimmt ab. 1987 bekunden noch 39% ihr «generelles Regierungsvertrauen», 57% betrachten sich als parteifremde bzw. als parteiunabhängige Wähler. Die Hälfte davon zählt sich zur politischen Mitte, also weder eindeutig links noch eindeutig rechts. Wobei es schwierig ist, diese politische «Mitte» präzis auszumachen.

Fazit: Der Konkurrenzkampf unter den Parteien ist härter geworden. Die Ausgangslage der SP, so wollen es fast sämtliche Prognosen herausbekommen haben, wird als nicht besonders gut dargestellt. Die Addition der kantonalen und z.T. der kommunalen Wahlen seit 1983 ergibt für die SP Verluste. Daraus leiten die politischen «Wahrsager» eine folgerichtige Fortsetzung bei den eidgenössischen Wahlen ab. Anders formuliert: Es wird versucht, der SP das Verliererimage anzuhängen.

Für die SP als Regierungspartei ist nicht nur der politische Konkurrenzkampf härter, auch das Protestpotential gegen die Politik der Regierungsparteien ist grösser geworden. Den Regierungsparteien wird vor allem vorgeworfen, in der Umweltpolitik zu wenig getan und vor allem zuwenig schnell reagiert zu haben.

Sozial-grüne Linie

Soziales war schon immer eine politische Spezialität der SP. In der Sozialpolitik wird der SP die Themenführerschaft und die Sachkompetenz zugebilligt. Nun hat die soziale Frage eine neue Dimension bekommen, d.h. ist ausgeweitet worden. Persönliches und kollektives Wohlergehen sind auf eine intakte Umwelt/Natur angewiesen. Anders formuliert: Soziale Errungenschaften sind dann gefährdet, wenn Umwelt und Natur zerstört werden. Es gibt in einer kaputten Umwelt kein Wohlbefinden.

Diese Erkenntnis war in der SP vor 20 Jahren noch nicht Mehrheitsmeinung, ist aber auch nicht erst kurz vor den kommenden Wahlen parteiinternes Allgemeingut geworden. In der Umwelt- und Energiepolitik befolgt die SP seit gut 10 Jahren die sozial-grüne Linie. Ihre Antenne hat früher funktioniert als bei anderen.

Die Position der bürgerlichen Parteien war klar definiert und viel zu lange gehalten worden: Zuviel Umweltschutz schadet der Wirtschaft! Diese «Philosophie» erklärt, weshalb FDP, CVP und SVP dem Umweltschutz zu lange zu wenig Bedeutung beigemessen haben.

Die Behauptung, die SP habe früher geschaltet als bürgerliche Parteien, ist leicht zu belegen:

● 1971 stimmten 91% dem Umweltschutzartikel in der Bundesverfassung zu. Zweiinhalb Jahre später legte SP-Bundesrat H.P. Tschudi, damals Vorsteher des Departements des Innern, eine fixfertige Gesetzesvorlage, die von einer Expertenkommission unter dem Präsidium Professor Leo Schürmann ausgearbeitet worden war, vor.

Dann ging der «Teufel» los. Bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände lehnten den Entwurf Schürmann/Tschudi

ab, Tschudi-Nachfolger Bundesrat H. Hürlmann kapitulierte und zog ihn zurück.

Obschon also 1971 91% für den Umweltschutz demonstrierten, sabotierten bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände die Ausführung. Die Schlussabstimmung über das Umweltschutzgesetz erfolgte erst am 7. Oktober 1983, d.h. die Gesetzgebung brauchte 12 Jahre! Die SP verteidigte den Entwurf Schürmann/Tschudi auf der ganzen Linie. Heute liest sich dieser Expertenentwurf als kühnes Machwerk, d.h. so müsste das Umweltschutzgesetz mindestens aussehen. Die SP-Fraktion hat bis zuletzt die wesentlichen Vorschläge der Schürmann-Expertenkommission aufgenommen und im Parlament als Minderheitsanträge eingereicht. Die Bürgerlichen lehnten sie kategorisch ab.

● 1978 beschloss der SPS-Parteitag in Basel eine neue Energiepolitik. Drei Jahre lang arbeitete eine partiinterne Arbeitsgruppe neue Vorschläge aus, die dann am erwähnten Parteitag angenommen wurden, damals noch gegen den Widerstand von SP-Bundesrat Willi Ritschard als Energieminister. Der Kernsatz der neuen Politik lautete: Keine weiteren Atomkraftwerke nach Leibstadt mehr. Leibstadt war damals bereits im Bau. Die 1986 lancierte Ausstiegssinitiative aus der Atomenergie ist die konsequente Fortsetzung dieser Politik.

● Im Herbst 1984 veröffentlichte das Eidgenössische Departement des Innern einen Bericht zum Waldsterben. Darin heisst es u.a.: «Das Waldsterben stellt eine existenzielle Bedrohung für unser Land dar.» Gestützt darauf setzte die SP-Fraktion eine Extra-Waldsession im Februar 1985 durch. Das hatte es seit 60 Jahren nicht mehr gegeben! Die FDP-, CVP- und SVP-Parteipräsidenten erklärten vor der Sondersession, die

SP betreibe eine «Blabla-Politik», handle «unverantwortlich» und leide unter «Profilneurose». Der Bundesrat machte es sich nicht so einfach. Für diese Sondersession arbeitete er einen umfassenden Bericht über den Ist-Zustand aus, stellte bereits beschlossene oder noch zu beschliessende Massnahmen zusammen. Das Waldsterben und damit Umweltpolitik sind mit dieser Sondersession für viele Parlamentarier überhaupt erst ein politisches Thema geworden.

Dass die SP-Fraktion in der Umweltpolitik nicht nur Worte brauchte, sondern danach handelte, beweist der Umwelttarif. 16 namentliche Abstimmungen im Nationalrat ergeben bei 16 Maximalpunkten bei den Bundesratsparteien folgende Fraktionsdurchschnitte:

FDP-Fraktion 1,2 Punkte

SVP-Fraktion 2,0 Punkte

CVP-Fraktion 2,2 Punkte

SP-Fraktion 11,8 Punkte

Dass die bürgerlichen Parteien den Umwelttarif bagatellisieren und in Frage stellen ist verständlich. Namentliche Abstimmungen sind eben «nackte Tatsachen», noch so schöne Worte vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen.

Der soziale Politikbereich

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit schaltete nicht nur bei der Umweltpolitik viel zu spät, sie befolgte auch sonst einen unsozialen Kurs.

Gemäss Bundesverfassung hat sich der Bund nicht nur um die Krankenversicherung zu kümmern, er muss dafür auch mitzahlen. Nach Auskunft des Bundesamtes für Sozialpolitik hat der Bund für die Zeit von 1974 bis 1985 bei der Krankenversicherung 4 031 264 000 Franken eingespart. 1985 waren es allein 831,38 Millionen Franken. Dafür tragen FPD, CVP und SVP die Hauptverantwortung. Ihre

Devise lautete: Es wird gespart, vor allem im Sozialbereich. Deshalb hat die SP mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund 1985 die Krankenversicherungsinitiative eingereicht. Nachdem die sogenannte Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht abzustoppen zu sein scheint, geht es nicht an, den Bundesbeitrag für die Versicherten auch noch zu reduzieren. Die Initianten wollen ein sozialeres Prämiensystem, eine gerechtere Verteilung der Lasten und einen besseren und vor allem längeren Versicherungsschutz bei schweren Krankheiten erreichen.

Die 10. AHV-Revision wird seit Jahren verschleppt, auch in der zu Ende gehenden Amtsperiode 1983–87 ist dafür nichts, aber auch gar nichts getan worden. Die bürgerliche Mehrheit blockiert die Revision nach wie vor mit der Auflage, sie müsse sogenannt kostenneutral durchgeführt werden. Kostenneutral heißt, die 10. AHV-Revision dürfe nichts kosten. *Wo es Verbesserungen gibt, müssen sie mit Verschlechterungen finanziert werden.*

Deshalb soll das AHV-Alter hinaufgesetzt werden. Am 14. November 1985 hat FDP-Nationalrat Heinz Allenspach dem Bundesrat geschrieben und vorgeschlagen, das AHV-Alter für Mann und Frau müsse sukzessive auf 65 Jahre und noch höher festgelegt werden.

An den Wahlaufakt-Gesprächen beim Freisinnig-Demokratischen Presseverband vom 20. August 1987 bestätigte FDP-Präsident Bruno Hunziker diese These, und CVP-Präsidentin Eva Sägmüller schloss sich ihm an.

Die 10. AHV-Revision wurde nicht nur vertrölt und verschleppt, jetzt soll die AHV-Altersgrenze nicht nach unten, sondern nach oben verschoben werden. Wir haben nur dann eine Chance, diese Absicht zu

durchkreuzen, wenn die Linke im nächsten Parlament nicht geschwächt, sondern mit anderen progressiven Kräften gestärkt wird.

SP und Schweizerischer Gewerkschaftsbund haben konkrete Vorschläge für die 10. AHV-Revision ausgearbeitet und exakt berechnet. Stossrichtung: AHV-Alter für Frau und Mann 62, flexible Komponente, zivilstandsunabhängige Rente, d.h. materielle Besserstellung der Frau.

Die 2. Säule (BVG) ist noch viel zu schwach. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit nützte die Wirtschaftskrise von 1974 bis 1975 dazu aus, die seinerzeitigen Versprechungen aus der Aera von SP-Bundesrat H.P. Tschudi als «wirtschaftlich untragbar» zu torpedieren. Dann wurde das Geschäft jahrelang verschleppt, mit 10 Jahren Verspätung konnte das Berufsvorsorgegesetz, eben die 2. Säule, am 1. Januar 1985 in Kraft gesetzt werden. Die bürgerlichen Parteien haben es durchgesetzt, das BVG sozusagen zu privatisieren, d.h. den privaten Versicherungsgesellschaften das grosse Prämengeschäft zuzuschanzen. Während die AHV öffentlich und für alle obligatorisch ist, schreibt zwar das BVG bestimmte Kriterien für die Schaffung von Pensionskassen vor, überlässt aber die Durchführung weitgehend den Versicherungsgesellschaften und Banken.

Die Verwaltungskosten der AHV betragen gemäss dem Wirtschaftsmagazin «bilanz» rund 200 Millionen Franken im Jahr, die des BVG fünfmal mehr, d.h. eine Milliarde Franken. Bei der AHV sind alle versichert, beim BVG nur die Hälfte der Bevölkerung.

Versicherungsgesellschaften und Banken arbeiten nicht etwa unwirtschaftlicher als die AHV, sie kassieren einfach mehr Unkosten auf ihr Konto.

Professor Erich Gruner, von 1961 bis 1985 Leiter des Forschungszentrums für Schweizerische Politik der Universität Bern, hat im «Tages-Anzeiger-Magazin» 42/86 zur Sozialpolitik der bürgerlichen Parteien folgendes geschrieben:

«Der Sozialstaat wird demonstriert.»

Gruner begründet diese These wie folgt: «Heute darf die Haltung der bürgerlichen Parteien mit Einschluss der CVP als neokonservativ bezeichnet werden... Der Abschied der schweizerischen Bürgerlichen vom Wohlfahrtsstaat, die Lobpreisung des sparenden Staates und die Verherrlichung der Freiheit der Nutzenmaximierung sind bei weitem nicht so radikal wie in den USA. Und doch unterscheiden sie sich nur graduell von Reagans Politik.»

1971 hat SP-Nationalrat Alfred Bussey, Lausanne, im Auftrage der Fraktion den ersten Vorstoss für die Schaffung eines Datenschutzgesetzes eingereicht. Später doppelte SP-Nationalrat Andreas Gerwig mit weiteren Vorstossen und parlamentarischen Einzelinitiativen nach. In regelmässigen Abständen haben zudem weitere SP-Parlamentarier immer wieder an das noch ausstehende Datenschutzgesetz erinnert, u.a. Moritz Leuenberger aus Zürich. *16 Jahre nach Alfred Busseys erstem Vorstoss liegt noch kein Entwurf beim Parlament*, d.h. haben die bürgerlichen Bundesräte des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements ihre früheren Versprechungen nicht nur nicht eingehalten, sondern haben sie mehrfach gebrochen.

So wenig bedeutet den Bürgerlichen offenbar Datenschutz, so wenig bedeuten ihnen die Persönlichkeitsrechte, d.h. nach 16 Jahren parlamentarischen Vorstossen, Mahnungen und Antragen hat die Schweiz noch immer kein Datenschutzgesetz.

Es ist daher nicht erstaunlich,

dass die bürgerlichen Bundesratsparteien auch beim Sozialtarif miserabel schlecht abschneiden. Ihm liegen 10 namentliche Abstimmungen zugrunde, d.h. 10 Punkte sind das Maximum. Die Fraktionsdurchschnitte sehen wie folgt aus:

SVP 0,3 Punkte
FDP 0,8 Punkte
CVP 3,5 Punkte
SPS 9,5 Punkte.

Wirtschaft / Landwirtschaft / Energie

Die Revision des Aktienrechtsgesetzes dauert bereits über 20 Jahre und ist noch nicht abgeschlossen. Eine Expertenkommission I unter dem Präsidium von Bundesrichter Tschopp arbeitete erste Revisionsvorschläge aus. Diese wurden von den bürgerlichen Parteien und von den Wirtschaftsverbänden mit Entrüstung abgelehnt. Daraufhin wurden sie vom Bundesrat beerdigt. Später folgte die Expertenkommission II unter dem Präsidium von Professor von Geyer, FDP. Diese Kommission schwächte viele Vorschläge ab, die Verwässerung ging beim Vernehmlassungsverfahren weiter, dann konnte der Bundesrat endlich eine verdünnte Vorlage präsentieren. Der Nationalrat, d.h. die bürgerliche Mehrheit gab der Vorlage dann noch den Rest. Von den ursprünglichen Revisionsabsichten blieb nicht mehr viel übrig. Die grossen Konzerne kastrierten über ihre bürgerlichen Politableger im Parlament sämtliche Revisionsabsichten.

Die «NZZ» kommentierte am 19./20. Oktober 1985 wie folgt: «Unter Rädelsführung eines bürgerlichen «Verweigerungs-Quartetts» ist der mit der Vorlage beabsichtigte, massvolle Fortschritt abgewürgt, verwässert und gar ins pure Gegenteil verkehrt» worden.

Mit der Kartellgesetzrevision passierte das gleiche noch ein-

mal, nach beinahe 15 Jahren sind die Revisionsbegehren beinahe auf den Nullpunkt zurückgeführt worden. FDP, CVP und SVP vertraten die Interessen der Konzerne, der Mächtigen, auf Kosten der vielen zehntausend kleineren und mittleren Firmen. Devise: statt mehr Markt, mehr Macht, statt mehr Marktwirtschaft, mehr Machtkonzentration.

Auch hier war es die NZZ, die am 26./27. Januar 1985 folgendes schrieb: «Es ist zum Verzweifeln, dass ausgerechnet die rhetorischen Systemverteidiger, die schwergewichtig im Lager von FDP und SVP zu suchen sind, nicht müde werden, auch die bescheidensten Fortschritte zu torpedieren... Es wäre endlich an der Zeit, den Lippenbekenntnissen beherzte Taten folgen zu lassen.»

In beiden Fällen, bei der Revision des Aktienrechts und des Kartellgesetzes, wurden massvolle Revisionsvorschläge des Bundes nur noch von der SP-Fraktion unterstützt.

In der Landwirtschaftspolitik verlangen FDP und SVP neuerdings sogenannte Direktzahlungen an die Bauern. Heute praktiziert der Bund für fast alle Landwirtschaftsprodukte die Abnahme- und Preisgarantie. Resultat: *Mit noch mehr Chemie und Dünger steigern die Bauern ihre Produktion, kostet sie was sie will*, der Bund muss sie übernehmen. Deshalb gibt es bei bald allen Produkten Überschüsse. Die Überschussverwertung durch den Bund kostet nochmals zusätzliches Geld.

Allein für die Verbilligung von Schweizer Käse im Ausland gab der Bund 1986 367 Millionen Franken aus, täglich eine Million! *Der Bund bezahlt für die Käseverbilligung mehr Geld als für den Umweltschutz!*

Heute wird also die Quantität gefördert und nicht etwa die Qualität. Mit Direktzahlungen soll dieses Ziel unterlaufen wer-

den. Nach bestimmten Kriterien, z.B. Lage, d.h. Mittelland oder Berggebiet, Grösse usw. soll der Bund Bauern direkt finanziell unterstützen und dafür von ihnen umweltfreundliche Bio-Produkte verlangen. Der Bauer soll nicht mehr gezwungen werden, immer mehr und mehr produzieren zu müssen, sondern soll bessere und umweltverträglichere Produkte abliefern. Diesem System sagt man Direktzahlungen. Vor allem die SVP betrachtet sich ja noch immer als Bauernpartei. Sie reklamiert jetzt am lautesten das System der Direktzahlungen. Die FDP steht nicht nach und hat 1986 eine entsprechende Motion eingereicht.

1980 aber, genau am 13. März 1980, hat der damalige SP-Nationalrat Hans Schmid, SG, im Auftrag der SP-Fraktion das System der Direktzahlungen verlangt und begründet, u.a. mit den Worten: «Das System des Agrarschutzes in diesem Lande ist so angelegt, dass zwangsläufig Überproduktion resultieren muss. Je höher die Preise, um so rentabler wird für die Bauern die Produktion... Mein Vorschlag will den Bauern ein existenzsicheres Einkommen ohne Überproduktion sichern und verfolgt ein umweltschutzpolitisches Anliegen, in dem weniger Dünger eingesetzt werden müssen.» *FDP, SVP und CVP lehnten den Vorschlag von Hans Schmid ab, und das in rüdem Ton, nach der Melodie «kommt überhaupt nicht in Frage».*

Acht Jahre später und zwei Monate vor den Wahlen servieren uns die gleichen Parteien Vorschläge als ihre Wahlschlager, die sie im entscheidenden Moment abgelehnt und torpediert hatten.

Im Bereich Umwelt und Energie hat die SP-Fraktion in den vergangenen vier Amtsjahren, Stichtag Ende Sommersession 1987, insgesamt 156 Vorstösse eingereicht.

Die bürgerliche Mehrheit hat selbst bescheidenste Massnahmen wie ein Stromspargesetz schubladisiert und torpediert. Gemäss Bundesverfassung hat der Bundesrat und haben die eidgenössischen Räte dafür die Kompetenz. Sie weigerten sich, sie zu gebrauchen. Statt dessen legte Bundesrat Leon Schlumpf als Energieminister einen neuen Energieartikel vor, d.h. beschäftigen wir uns für weitere Jahre mit *Verfassungskosmetik, um nichts Konkretes tun zu müssen*. Ein Stromspargesetz oder ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz würde bedeuten, dass der Bund endlich eine koordinierte Energiepolitik betreiben müsste. Die Atomlobby und die Elektrizitätslobby kämpften dagegen mit allen Mitteln an und konnten sich dafür die guten politischen Dienste der bürgerlichen Parteien, wenige Ausnahmen bestätigen die Regel, sichern oder leisten. Am 20. Mai 1987 hat ein Geschäftsmann im «Tages-Anzeiger» geschrieben, was diese Nullösungspolitik praktisch bedeutet. Er hat sich bemüht, in seinem Geschäft 30 Prozent Strom einzusparen. Dafür hat er dann vom EW Zürich den Bescheid bekommen, dass «infolge Minderverbrauch ab sofort ein höherer Tarif angewendet werden müsse». *Wer spart, wird bestraft. Wer verschwendet, bekommt Mengenrabatt.* Das ist die heutige Energiepolitik der bürgerlichen Mehrheit.

Sie heisst Wachstum um jeden Preis, auf Kosten der Umwelt, auf Kosten der energiepolitischen und gegen jede volkswirtschaftliche Vernunft. Sparen ist heute die grösste und billigste Energiequelle. Aber sie wird souverän missachtet, die Energiepolitik wird von der Atomlobby dirigiert und von der bürgerlichen Formation in Bern orchestriert.

Dafür wird dann Unglaubliches geplant: Im Val Madris soll ein

neuer Stausee mit der grössten Staumauer Europas gebaut, wobei 22 Millionen Kilowatt geliefert werden. Das Wasser muss aber künstlich in den Stausee hinauf gepumpt werden, dafür müssen gemäss Planung 20 Millionen Kilowatt eingesetzt werden, der Nettogewinn bleibt also bei 2 Millionen Kilowatt.

Für die Atomlobby ist das kein Grund zu verzagen. Das Wasser wird im Sommer mit Atomstrom hinauf gepumpt, im Sommer hat es zuviel Atomstrom und Atomkraftwerke können ja nicht auf kleinere Kadenzen zurückgeschaltet werden. Sie liefern Tag und Nacht, Sommer und Winter, Jahr für Jahr immer gleichviel Bandenergie.

Der Stausee im Val Madris wäre dann die Winterreserve, d.h. der Strom wird dann geliefert, wenn Bedarf besteht. Darin liegt der Gewinn der Elektrizitätswirtschaft: die überschüssige Sommer-Atomenergie wird sogenannt sinnvoll eingesetzt und im Winter kann die Wasserreserven-Energie teuer abgesetzt werden.

Dafür soll wiederum ein schönes Tal verschwinden.

Weil wir diesen Unsinn, weil wir diese wahnwitzige Politik abblocken und auf neue Geleise umleiten müssen, hat die SP mit anderen Parteien und Gruppierungen die Ausstiegsinitiative aus der Atomenergie eingereicht. Wir können uns nicht auf die eidgenössischen Räte allein verlassen, wir müssen das Stimmvolk einschalten. Aber es wäre gut, wenn eine neue parlamentarische Mehrheit dabei hilfreicher an die Hand gehen würde als in den vergangenen Jahren.

Position der SP, neue politische Methoden

Die SP übernimmt als Regierungspartei dort ihre volle Verantwortung, wo sie nicht die Nullösungen der bürgerlichen

Verweigerungsstrategie auch noch mittragen sollte. Hier stösst das Kollegialitätsprinzip an seine Grenzen. Für diese Verweigerungsstrategie müssen FDP, CVP und SVP schon selber geradestehen.

Ich habe aufgezeigt, wie oft zu viel Zeit für zu magere «Lösungen» aufgewendet wird. Eidgenössische Politik ist z.T. ineffizient geworden. Es fehlt am politischen Willen, etwas Rechtes möglichst schnell zu tun.

In der Schweiz fehlt das Aha-Erlebnis praktisch total. Selten bis nie kommt im Volk das Gefühl auf, «toll, was die in Bern oben gemacht haben».

Das war nicht immer so. Gegen die kriegerische Bedrohung ging es viel, viel schneller. 1939 war Kriegsausbruch, die militärische Bedrohung wurde real existierende Wirklichkeit. Der Bundesrat schlug mit seiner Botschaft vom 29. August 1939 Massnahmen vor. Einen Tag später, am 30. August 1939, verabschiedete die Bundesversammlung folgenden Entscheid: «Die Bundesversammlung erteilt dem Bundesrat Vollmacht und Auftrag, die zur Behauptung der Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, zur Wahrung des Kredites und der wirtschaftlichen Interessen des Landes und zur Sicherung des Lebensunterhaltes erforderlichen Massnahmen zu treffen. Zur Deckung der damit verbundenen Ausgaben wird dem Bundesrat der notwendige Kredit eingeräumt.»

Heute haben wir die Bedrohung aus der Umwelt. Die Katastrophen im Alpengebiet sind Warnsignale. Für die militärischen Ausbauschritte der Armee 1988 bis 1991 liegen bereits Berechnungen und Wunschkatalog vor. Etwas auch nur annähernd Vergleichbares gibt es für die Umweltpolitik nicht.

Wir müssen neue politische Methoden entwickeln, rascher schalten, schneller beschliessen,

härtere Massnahmen sofort durchsetzen. Dazu sollten 15 Mandate von ganz rechts in die Mitte links verschoben werden. Das gibt Durchzug im Bundeshaus und schafft ein neues politisches Klima.

Wenn Politik ihre Glaubwürdigkeit und ihre Kompetenz zurückholen will, kann sie nicht auf den ausgefahrenen Geleisen

wie bisher weitermachen. Die SP hat nicht alles, was heute in der Umwelt passiert, vorausgesehen, aber sie hat viel früher daraus gelernt, hat viel früher ihre Politik darauf ausgerichtet, hat viel stärker auf Massnahmen beharrt, ist zu oft in Minderheit versetzt worden, als dass die Schuldigen nun Wahlsieger werden dürfen. SP und andere So-

zial-Grüne müssen stärker aus diesen Wahlen hervorgehen. Nur dann haben wir eine Chance. Nur dann wird Land-Verteidigung endlich ernst genommen.

Nur dann können wir hoffen, unseren Kindern eine intakte Heimat und nicht eine kaputte Umwelt zurücklassen zu müssen.

SP-Umwelttagung in Zürich: Vollzugsprobleme

Die Stunde der Wahrheit

Von Hardi Gysin, Bundesamt für Umweltschutz

1. Einleitung

Es steht geschrieben «und mache Dir die Erde untertan». Das war – nach der Meinung der einen – die erste ökologische Katastrophe. Denn das Spezies Mensch hat sich dieser Aufforderung mit der ihm eigenen Gründlichkeit angenommen: Die Maximierung von Profit, Produktion und Mobilität, die Gleichsetzung von Lebensqualität mit Konsum hat in der Schweiz beispielsweise dazu geführt, dass

- die Verkehrsleistung im Personenverkehr seit 1950 um das 6,5fache gestiegen ist, wobei auf den privaten Strassenverkehr mit einer Verzwölffachung der Hauptanteil fällt;
- sich der private Konsum seit 1950 pro Einwohner verdoppelt hat;
- der Energieverbrauch zwischen 1950 und 1980 vervierfacht wurde;
- der Abfallberg von einer halben auf rund 2,5 Mio. Tonnen angewachsen ist; ca. 1/3 davon sind Packmaterialien;
- heute rund 10 000 Grundchemikalien in Gebrauch und Umlauf sind; von einigen der gefährlichsten Stoffe für die Um-

welt wissen wir kaum, wie sie dorthin gelangt sind – und noch viel weniger, wie wir sie wieder raus bringen;

- Kamine, Auspuffanlagen und Industriefeuerungen unsere Atemluft 1984 mit rund 620 000 t Kohlenmonoxid, 210 000 t Stickoxiden, 340 000 t Kohlenwasserstoffen und 90 000 t Schwefeldioxid belasteten;
- 15% der Schweizer einem Lärmpegel von mehr als 65 Dezibel, 30% mehr als 60 Dezibel ausgesetzt sind. 1950 war der Anteil jener, die mehr als 60 Dezibel ertragen mussten, statistisch noch gar nicht erfassbar... à propos: Dieser Lärm geht zu ca. 80% auf das Konto des Verkehrs;
- der Kanton Aargau einstmais 1300 Pflanzenarten zählte: 200 davon sind für immer weg, 177 gelten als stark gefährdet und nur 300 als völlig ungefährdet;
- 41% der einheimischen Vogelarten stark bedroht sind, neun Arten sind in den letzten zehn Jahren ausgestorben.

Ich werde davon absehen, hier in Katastrophenszenarios zu machen; Angst ist alleweil ein schlechter Berater. Es ist mir aber wichtig, dass wir ob der Diskussion um «*den Umwelt-*

schutz» das Schutzziel, die Erhaltung unseres ureigensten Lebensraums, die Erhaltung der Welt um uns herum, nicht aus den Augen verlieren.

SP und Umwelt

Am 29. August fand in Zürich die Umwelttagung der SPS statt. Sie war vornehmlich den Vollzugsproblemen in Kantonen und Gemeinden gewidmet. Zur Diskussion standen Probleme, Handlungsspielräume und Strategien. Die Tagung, der ein gutes Echo beschieden war, hat den Teilnehmern eine Fülle von Informationen gebracht. Die «Rote Revue» dokumentiert diese Tagung in dieser Nummer, damit möglichst viele Genossinnen und Genossen in den Kantonen und Gemeinden von dieser samstäglichen Sommerarbeit profitieren können. Wir publizieren die drei Hauptreferate und die Berichte aus den Arbeitsgruppen, soweit sie uns schriftlich vermittelt werden konnten.

Die Redaktion